

Interview

Wimmelt es in Deutschland von skrupellosen Politikern?

Haben sich Gerhard Schröder und Otto Schily von Diktator einspannen lassen? Die Frage über Nebenverdienste rückt deutsche Politiker ins schlechte Licht. Was ist dran?

Der frühere Innenminister Otto Schily (SPD) und der damalige CSU-Bundestagsabgeordnete Peter Gauweiler sollen nach Informationen des Magazins "Spiegel" Lobbyarbeit für den Kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew übernommen haben – obwohl dieser als Diktator gilt. Hunderttausende Euro sollen geflossen sein. Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) hatte ebenfalls Kontakte zu Nasarbajew. Ines Alender sprach mit Roman Ebener, Projektleiter bei Abgeordnetenwatch.de über die gängigen Absprachen und Nebenverdienste deutscher Politiker.

BZ: Herr Ebener, wenn man die aktuelle Titelgeschichte des Spiegels liest, gewinnt man den Eindruck, in Deutschland wimmle es geradezu von skrupellosen Politikern. Ist das so?

Ebener: Nein. Der größte Teil der Abgeordneten in Deutschland ist grundsätzlich ehrlich. Es reichen allerdings einige Wenige an den entscheidenden Positionen, um den Ruf der deutschen Politik stark zu beschädigen. Wenn ein ehemaliger Kanzler in dubiose Geschäfte verwickelt ist, hat das natürlich einen ganz anderen Beigeschmack als wenn es der Abgeordnete XY aus der letzten Reihe wäre.

BZ: Überrascht es Sie denn, dass sich ehemalige deutsche Spitzenpolitiker angeblich vom kasachischen Diktator Nasarbajew kaufen ließen?

Ebener: Das Ausmaß überrascht mich. Ich habe schon einiges gehört, trotzdem erhofft man sich immer, dass Politiker auch ihre Vorbildrolle wahrnehmen.

BZ: Im Fall Kasachstan sind offensichtlich ausschließlich ehemalige Politiker oder Funktionsträger involviert. Ist es vorstellbar, dass auch aktive deutsche Politiker in ähnliche Geschäfte verstrickt sind?

Ebener: Grundsätzlich kann das natürlich auch aktive Politiker betreffen. Eine Minderheit der Abgeordneten in Deutschland hat – zum Teil sehr hohe – Nebeneinkünfte, viele haben Verbindungen in die Wirtschaft oder zu anderen Staaten. Oft ist es aber kaum nachvollziehbar, welche Gelder woher kommen oder welche Hintermänner im Spiel sind.

BZ: Womit verdienen sich Abgeordnete denn meistens Geld dazu?

Ebener: Meistens mit Beratungstätigkeiten, Jobs in Aufsichtsräten oder – wie im Fall von Peer Steinbrück – mit Vorträgen. Manche Abgeordnete sind weiterhin aber auch noch selbständig tätig, zum Beispiel der Landwirt, der jetzt im Bundestag sitzt, aber trotzdem noch im Betrieb arbeitet oder – wie im Fall des ehemaligen CSU-Abgeordneten Peter Gauweiler – der Rechtsanwalt, der weiterhin noch seine Kanzlei betreibt.

BZ: Wie viel verdienen sich diese Abgeordneten denn dazu?

Ebener: Das ist ganz unterschiedlich. Das reicht von kleinen Geldbeträgen von 1000 Euro bis zu jährlichen Millionenbeträgen wie bei Peter Gauweiler.

BZ: Wie viele dieser Gelder stammen aus – sagen wir – dem kriminellen Graubereich?

Ebener: Das meiste ist tatsächlich legal. Das liegt auch daran, dass die Abgeordnetenbestechung in Deutschland sehr eng gefasst wird. Einem Abgeordneten darf man in Deutschland sehr viel anbieten, ohne dass es als Bestechung gilt. Bei einem Beamten ist das ganz anders. Bloß weil eine Tätigkeit legal ist, heißt das nicht, dass sie auch moralisch in Ordnung ist oder der Demokratie zuträglich ist. Klüngelei zieht sich durch alle deutschen Parlamente – bis hin zur Kommunalpolitik. Das Problem ist, zu bemessen, ab wann die Absprachen einen gesellschaftlichen Schaden, zum Beispiel für die öffentliche Hand, verursachen.

BZ: Was könnte getan werden, um die Klüngelei einzuschränken oder zumindest Fälle wie die Kasachstan-Absprachen zu vermeiden?

Ebener: Grundsätzlich hilft mehr Transparenz und mehr Medienberichterstattung. Die Leute müssen sich trauen, gegen schädliche Absprachen vorzugehen. Es darf zum Beispiel nicht normal sein, dass der Bauausschuss vor der Sitzung mit einem Bauunternehmen aushandelt, welche Grundstücke vergeben werden. Außerdem müsste das Gesetz zur Abgeordnetenbestechung weiter verschärft werden. Und letzten Endes muss die Bevölkerung eben auch die Konsequenz ziehen: Schließlich hat sie die Möglichkeit, Politiker, die sie für unglaubwürdig hält, einfach nicht mehr zu wählen.

BZ: Die Offenlegung der Nebeneinkünfte wird ebenfalls oft diskutiert. Im Fall Kasachstan hätte sie aber nicht weitergeholfen, denn die betroffenen Politiker waren zum Zeitpunkt ja nicht mehr im Amt.

Ebener: In diesem Fall hätte das tatsächlich nicht weitergeholfen – hier kann man wohl nur sagen: moralisch äußerst fragwürdig, aber wahrscheinlich legal.

Roman Ebener

Der 28-Jährige ist Projektleiter im Bereich Wahlen/Parlament bei Abgeordnetenwatch.de, einer überparteilichen, unabhängigen Internetplattform, über die Bürger Abgeordnete befragen können.